

# Die Lage im Buchdruckerstreik in Dresden

Die Buchdruckerstreikenden verlangen Anerkennung des Schiedspruchs — Kompensationsleistung und geschlossene Front der Streikenden

Die drei bürgerlichen Tageszeitungen haben die Arbeit auf der Seite von 6 Mark wieder aufgenommen.

Im übrigen stehen die Arbeiter nach wie vor geschlossen im Streik. Es streiken noch fast alle Betriebe außer den Zeitungen. Die Zahl der Streikenden Buchdrucker beträgt über 1000. In einer jetzt wieder stattgefundenen Versammlung haben die Arbeiter ihre unabdingbare Forderung zur Fortführung des Kampfes erklärt.

Die Buchdruckerstreikenden erklären, daß sie gegenüber den Gehilfen nicht nachgeben wollen. Sie verlangen, daß die Buchdrucker auf der Grundlage des verbindlich erklärten Schiedspruchs von 3,50 RM die Arbeit wieder aufnehmen sollen. Die Buchdruckerstreikenden wollen die Betriebe schließen. Eine größere Ausdehnung von Bedeutung wird durch eine solche Maßnahme nicht erfolgen, denn schon jetzt sind fast alle Buchdrucker im Streik.

Die Geschäftswelt hat die Forderung der drei Zeitungen nicht nachgegeben. Jetzt darf nicht nachgegeben werden. Die Buchdruckerstreikenden erklären, mit den Streikenden nicht verhandeln zu wollen. Die Geschäftswelt muß demgegenüber erklären, keine Verhandlungen ohne die Streikenden, kein Nachgeben!

Die nachfolgenden Meldungen über die Abwicklung der Verhandlungen in Dresden und anderen Orten durch den Verband müssen der Geschäftswelt zur Warnung dienen.

## Die Volkszeitung schwindelt zum Buchdruckerstreik

Die Dresdener Volkszeitung vom 2. April verknüpft den Buchdruckerstreik mit einem scharfen Angriff auf die Kommunisten. Die kommunistische Kritik an der Haltung der sozialdemokratischen Bürgermeisters Führer und an der Haltung des Reichstages und der Volkszeitung haben es dem Direktorium der Volkszeitung angetan. Um die rechtliche Stellung der SPD und des Kurators des Dresdener Streikvereins zu verfestigen, erklärt die Volkszeitung mit einem unheimlichen Frechheit und Verlogenheit die Mittelstellung der Kommunisten für unmöglich. Wir stellen dazu fest:

Sowohl bei den Verhandlungen mit den Buchdruckern des Ansehens Führer die Forderung der Gehilfen abgelehnt. Ein am Montag hat er sich dann auf die 6-Mark-Forderung beschränkt. Die Geschäftsleitung der Dresdener Volkszeitung hat nach dem eigenen Angaben, die die Volkszeitung gestern bringt, die 10-Mark-Forderung mit Ausbruch der Bewegung und unter dem Druck der Forderung, daß die Geschäftsleitung der Bewegung die 10-Mark-Forderung schon eine Woche vorher bewilligt hätte, ebenfalls bewilligt. Jetzt hätte die Volkszeitung eine Erklärung von 6 Mark abgelehnt. Das ist bei dem Volkshaus der Fall. Nach dem Verhandlungsprotokoll haben wir uns beim Volkshaus persönlich erkundigt. Telefonisch wurde uns dabei durch Frau G. A. B. mitgeteilt, daß die Geschäftsleitung sechs Mark bewilligt habe, mit der Erklärung, wenn der Kampf mit einem niedrigeren Abstrich endige, solle es bei 6 Mark verbleiben; wenn eine Erhöhung eintrete, gelte das Selbstverständnis für den Volkshaus.

Im übrigen möchte der leitende Gauleiter in der Versammlung der Buchdrucker am Donnerstagnachmittag selbst die Verhandlungen über Volkshaus und Volkszeitung. Auch damit wurde bestätigt, daß er am nächsten Tage, also nachdem vorher 6 Mark bewilligt waren, 10 Mark bewilligt wurden.

Die folgenden Darstellungen der Volkszeitung sind nichts weiter als ein verlogenes Mandat. Jetzt steht, daß mit dem Bestehen der 6-Mark-Wahl-Vollzeitung und Volkshaus den Druckereibesitzern die Basis für die Verhandlungsgrundlage gäbe. Das kann selbst durch die allertölpelste Verlogenheit nicht geändert werden.

### Die Lage in Bremen

Bremen. Die Belegschaft der Druckerei der Firma Gauschild (die größte Bremens), etwa 100 Mann, hat heute morgen den Betrieb verlassen. Die Firma hat es abgelehnt, einem Verprechen des hiesigen Prinzipalvereins zufolge eine Lohnerhöhung über den 3,50-Mark-Schiedspruch hinaus zu gewähren. Zurzeit nimmt die Belegschaft in einer Versammlung zur Lage Stellung.

# Sozialdemokratisches Banditentum im falschfiskalischen Reichstags-Parlament

## Die Sozialdemokraten überfallen kommunistische Abgeordnete

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bringt am Montag einen Antrag über die Einsetzung des parlamentarischen Ausschusses für die Arbeiterkassen vor. Der Antrag ist im Reichstagsparlament am 1. April im Ausschuss für die Arbeiterkassen angenommen. Ein Vertreter der kommunistischen Reichstagsfraktion, der die Unterdrückung der Arbeiterkassen und die Unterdrückung der Arbeiterkassen in Polen. Die Reichstagsfraktion, die die Arbeiterkassen in internationalen Sozialdemokraten und die Arbeiterkassen in internationalen Sozialdemokraten.

Die Reichstagsfraktion der kommunistischen Reichstagsfraktion bringt am Montag einen Antrag über die Einsetzung des parlamentarischen Ausschusses für die Arbeiterkassen vor. Der Antrag ist im Reichstagsparlament am 1. April im Ausschuss für die Arbeiterkassen angenommen. Ein Vertreter der kommunistischen Reichstagsfraktion, der die Unterdrückung der Arbeiterkassen und die Unterdrückung der Arbeiterkassen in Polen. Die Reichstagsfraktion, die die Arbeiterkassen in internationalen Sozialdemokraten und die Arbeiterkassen in internationalen Sozialdemokraten.

Die Reichstagsfraktion der kommunistischen Reichstagsfraktion bringt am Montag einen Antrag über die Einsetzung des parlamentarischen Ausschusses für die Arbeiterkassen vor. Der Antrag ist im Reichstagsparlament am 1. April im Ausschuss für die Arbeiterkassen angenommen. Ein Vertreter der kommunistischen Reichstagsfraktion, der die Unterdrückung der Arbeiterkassen und die Unterdrückung der Arbeiterkassen in Polen. Die Reichstagsfraktion, die die Arbeiterkassen in internationalen Sozialdemokraten und die Arbeiterkassen in internationalen Sozialdemokraten.

Die Reichstagsfraktion der kommunistischen Reichstagsfraktion bringt am Montag einen Antrag über die Einsetzung des parlamentarischen Ausschusses für die Arbeiterkassen vor. Der Antrag ist im Reichstagsparlament am 1. April im Ausschuss für die Arbeiterkassen angenommen. Ein Vertreter der kommunistischen Reichstagsfraktion, der die Unterdrückung der Arbeiterkassen und die Unterdrückung der Arbeiterkassen in Polen. Die Reichstagsfraktion, die die Arbeiterkassen in internationalen Sozialdemokraten und die Arbeiterkassen in internationalen Sozialdemokraten.

Die sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen bringen am Montag einen Antrag über die Einsetzung des parlamentarischen Ausschusses für die Arbeiterkassen vor. Der Antrag ist im Reichstagsparlament am 1. April im Ausschuss für die Arbeiterkassen angenommen. Ein Vertreter der kommunistischen Reichstagsfraktion, der die Unterdrückung der Arbeiterkassen und die Unterdrückung der Arbeiterkassen in Polen. Die Reichstagsfraktion, die die Arbeiterkassen in internationalen Sozialdemokraten und die Arbeiterkassen in internationalen Sozialdemokraten.

Die sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen bringen am Montag einen Antrag über die Einsetzung des parlamentarischen Ausschusses für die Arbeiterkassen vor. Der Antrag ist im Reichstagsparlament am 1. April im Ausschuss für die Arbeiterkassen angenommen. Ein Vertreter der kommunistischen Reichstagsfraktion, der die Unterdrückung der Arbeiterkassen und die Unterdrückung der Arbeiterkassen in Polen. Die Reichstagsfraktion, die die Arbeiterkassen in internationalen Sozialdemokraten und die Arbeiterkassen in internationalen Sozialdemokraten.

Die sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen bringen am Montag einen Antrag über die Einsetzung des parlamentarischen Ausschusses für die Arbeiterkassen vor. Der Antrag ist im Reichstagsparlament am 1. April im Ausschuss für die Arbeiterkassen angenommen. Ein Vertreter der kommunistischen Reichstagsfraktion, der die Unterdrückung der Arbeiterkassen und die Unterdrückung der Arbeiterkassen in Polen. Die Reichstagsfraktion, die die Arbeiterkassen in internationalen Sozialdemokraten und die Arbeiterkassen in internationalen Sozialdemokraten.

Die sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen bringen am Montag einen Antrag über die Einsetzung des parlamentarischen Ausschusses für die Arbeiterkassen vor. Der Antrag ist im Reichstagsparlament am 1. April im Ausschuss für die Arbeiterkassen angenommen. Ein Vertreter der kommunistischen Reichstagsfraktion, der die Unterdrückung der Arbeiterkassen und die Unterdrückung der Arbeiterkassen in Polen. Die Reichstagsfraktion, die die Arbeiterkassen in internationalen Sozialdemokraten und die Arbeiterkassen in internationalen Sozialdemokraten.

## Auswirkungen des SPD-Schiedsrechts gegen die Amnezie

Schiedsrechtsprozeß und sein Ende — Hilfe! Der Staat ist in Gefahr!

Prag, 1. April. (Eig. Drahtbericht.) Vor dem 1. Strafgericht steht für die nächste Zeit eine ganze Reihe von Angeklagten. Eine große Anzahl der Angeklagten sind Arbeiter, die wegen Verletzung der Amnezie verurteilt wurden. Die Amnezie ist ein Verbrechen, das die Arbeiterkassen in Polen. Die Amnezie ist ein Verbrechen, das die Arbeiterkassen in Polen. Die Amnezie ist ein Verbrechen, das die Arbeiterkassen in Polen.

Die Amnezie ist ein Verbrechen, das die Arbeiterkassen in Polen. Die Amnezie ist ein Verbrechen, das die Arbeiterkassen in Polen. Die Amnezie ist ein Verbrechen, das die Arbeiterkassen in Polen.

## Die Klassenjustiz twittet

Kohorten in Leipzig

Leipzig, 4. April. (Eig. Drahtbericht.) Vor dem 4. Strafgericht des Reichsgerichts stand gestern der Arbeiter Wilhelm Bahnia aus Magdeburg. Der Vorleser machte Bahnia den Vorwurf, daß er die Amnezie „Der Welt in der Reichswehr“ an Reichswehrsoldaten in Berlin verleiht. Bahnia ist ein Arbeiter, der die Amnezie in Berlin verleiht. Bahnia ist ein Arbeiter, der die Amnezie in Berlin verleiht. Bahnia ist ein Arbeiter, der die Amnezie in Berlin verleiht.

## Klassenurteile gegen KAM-ameraden

Breslau, 4. April. (Eig. Drahtbericht.)

Vor dem Schöffengericht standen drei Kameraden des KAM unter Anklage wegen Kufuhr und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Anlässlich eines Piankonzertes am 14. August kam es zu einer Kufuhr.

# Stampfers mißglückter Eugenefeldzug

## Eine Erklärung des Genossen Höllein

Ehren-Stampfer und die sozialdemokratische Provinzpresse Eugenefeldzug den wohlwollendsten Heberfall der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf die Kommunisten in eine aufgewungene Abwehr um. Demgegenüber stelle ich fest, daß jederzeit, auch mit Hilfe von sozialdemokratischen Abgeordneten, zugehend es wiesen werden kann, daß:

1. die Absicht der SPD-Fraktion zur Verprägung der Kommunisten bereits vorher bestanden hat;
2. zu diesem Zweck vereinbart war, daß Landsberg eine provozierende Rede gegen die Kommunisten, die sich für die Amnezie eingesetzt hatten, halten sollte;
3. der von der SPD gebildete „Saalzug“, bestehend aus ausgebildeten Amateurborgern und Athleten, planmäßig die Tribünen besetzte;
4. Provokateur Künstler nach der vorausgegangenen Drohung „Komm du zur Seite mit noch einmal auf die Tribüne, dann fliegst du im Bogen herunter“, mit der Faust nach mir schlug;
5. Künstler mich nur infolge meiner Abwehrbewegung mit seinen Faustschlägen nicht erreichte;
6. dieser Angriff von oben über das Treppengeländer herab auf mich, für meine Parteigenossen es für geboten erschienen ließ, durch Dazwischentreten mich vor weiteren Tätlichkeiten zu schützen;
7. ich selber mich sogar mitten im Gewühl noch nach Kräften bemühte, die Prügelei zu verhindern;
8. es eine freche Lüge ist, daß Genosse Dengel, der zurzeit des Vorfalls in der letzten Bankreihe mit einigen Sozialdemokraten diskutierend aneinander war, mit dem Spudnapf geworfen hat (er hätte in diesem Falle seine eigenen Genossen in erster Linie treffen müssen);
9. selbst nach den Berichten der bürgerlichen Presse Sozialdemokraten es waren, die mit einem Tintenfaß und „anderen“ gefährlichen Gegenständen die Kommunisten bombardierten und dem Genossen Berg eine Klassenwunde an der rechten Schläfe, die hergenau am Auge vorbeiging, beibrachten.

Im übrigen erkläre ich nochmals, daß ich stolz darauf bin, auch auf die sozialdemokratischen Abgeordneten eingewirkt zu haben, sich in ihrer Fraktion energisch für die Amnezie auf

Grundlage der Vereinbarung Rosenfeld-Overling-Höllein einzuführen. — Angesichts dieser Tatsachen überlasse ich es mit ruhigem Gewissen der gelassenen Arbeiterschaft, sich ein Urteil über die erbärmliche Haltung und nachfolgenden Lügen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu bilden.

Die in der SPD-Presse gegen mich persönlich geäußerten Stimmereien und Spudnapfe sind demnach gemein, daß mit mein proletarisches Ehrgefühl verbietet, mich mit einem Wort der Verteidigung dagegen zu vernehmen.

Berlin, den 31. März 1928. Emil Höllein.



Emil Höllein

Stupplerer Koalitionsteiler der SPD im Reichstag, der die Amnezie auf das Schärfste bekämpft hat

## Zimmer neue Enthüllungen im Reichsbahnskandal

Die Volkszeitung veröffentlichte neues Material über die Vorgänge im Reichsbahnskandal, durch das der Reichsbahndirektor Neumann immer belastet wird. Es handelt sich um die Enthüllung, die das Reichsbahnministerium durch den Reichsbahndirektor Neumann mit verschiedenen Firmen zur Verwertung und Umarbeitung von Eisenabfällen abgeschlossen hat. Die Volkszeitung bringt sehr ausführliches Material unter Kennung der Firmen über die unehrlichen Geschäfte, die die Arbeiterkassen in Polen. Die Volkszeitung bringt sehr ausführliches Material unter Kennung der Firmen über die unehrlichen Geschäfte, die die Arbeiterkassen in Polen. Die Volkszeitung bringt sehr ausführliches Material unter Kennung der Firmen über die unehrlichen Geschäfte, die die Arbeiterkassen in Polen.

## Erneute Oppositionserfolge

Die Berliner Textilarbeiter wählen wieder Kommunisten. Am Sonnabend fanden in Berlin die Wahlen zum Internationalen Textilarbeiterkongress und zum Bundeskongress der ITOG statt. Die Kommunisten hatten alle Antikandidaturen gemacht, um die Wiedereinführung der Erwerbslosenversicherung im vorigen Reichstag auszuweichen, besonders bei den Gruppen, die bis heute noch unter ihrer Ächtung litten. Auch der letzte Mann ist von ihnen herabgeschleppt worden.

Die Opposition aber hielt ihren Erfolg bei den Erwerbslosenversicherungsgesellschaften, die Berliner Textilarbeiter haben sich eindeutig für die Opposition entschieden. Das Wahlergebnis zum Internationalen Textilarbeiterkongress ist für die oppositionellen Kandidaten: Genosse Volk 306 Stimmen, Genosse Denk 303 Stimmen (Erwerbslose). Von den Reformisten erhielten Volk 243, der Erwerbslose 233 Stimmen von insgesamt 500 Stimmen, davon waren 48 ungültig. Zum Bundeskongress der ITOG war das Verhältnisverhältnis für Genossen Volk 298 Stimmen, für Genossen Denk 283 Stimmen. Die sozialdemokratischen Kandidaten erhielten 239 und 233 Stimmen, ungültig waren 41 Stimmen.

## Abwägung des Speditionsarbeiterstreiks

Die Handlanger im Vorwärts jubeln!

Berlin, 4. April. (Eig. Drahtbericht.) Die Bureaucratie des Reichsbundes will den Kampf der Speditionsarbeiter rücksichtslos abbrechen. Sie hat sich gegen einen Schiedspruch unterworfen, der nur eine Erhöhung von 3 Mark pro Woche vorsieht. Ab 1. Juli soll eine weitere Erhöhung von 1 Mark erfolgen. Diese Zustimmung der reformistischen Führer geschah ohne Befragung der Vollversammlung der Speditionsarbeiter, die heute erst tagt und eine Entscheidung fällen wird. In üblicher Manier schreibt der heutige Morgen-Vorwärts in großer Schlagzeile auf der ersten Seite: „Rechts Speditionsarbeiterstreik beendet. Arbeit heute wieder aufgenommen.“ Damit will das Speditionsarbeiter und die Speditionsarbeiter auch gegenüber der Öffentlichkeit festlegen und zum Abbruch des Kampfes bewegen.

## Die Notstandsarbeiter wehren sich

Wie uns mitgeteilt wird, hat gestern die Belegschaft der Knochenmühle in Obermartha, Fa. Peter & Co. (Notstandsarbeiter), die Arbeit eingestellt und wegen den Auslagen des Herrn Jiz, die Notstandsarbeiter wären lächerliche Lumpen, Zustuhler usw., sich an das Arbeitsamt Dresden und die staatliche Bauleitung gewandt, auch wegen der dort herrschenden Zustände betr. die Bauhütte, die einem Schweinehof sehr ähnlich, um Abhilfe gebeten.

## Die Granitschleifer in der Oberlausitz streifen

In Bausen fanden Verhandlungen statt, in denen die Unternehmer die berechtigten Forderungen der Granitschleifer ablehnten. Bei Stundenverdiensten von 20 Pfennig wie sie beispielsweise bei dem Oberreaktionär Kampf in Lössau erfolgt werden, sollten 40 Pfennig (oder 50 Pfennig) gezahlt werden. „Steinarbeiter! Wehret das Kampfbündel!“

Wetterausblick für 4. und 5. April. Vorwiegend wolfig, schwacher Regenschauer möglich. Temperaturen gegenüber heute wenig geändert. Nächste im Coburger Kreisgebiet. Südlicher bis westlicher Richtungen.